



LANDKREIS  
LUDWIGSBURG

**Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige  
Jahresbericht 2008/2009**

## Ausgangslage

In der Sozialausschusssitzung am 4. Juni 1999 wurde beschlossen, dass ab dem Jahr 2000 ein Angebot zur Beratung für pflegebedürftige ältere Menschen aufgebaut werden soll, um die ambulante Versorgungsstruktur zu stärken und einer frühzeitigen Heimaufnahme entgegenzuwirken. Im Rahmen der Haushaltsberatungen soll ein jährlicher Bericht über die Entwicklung der Beratungsstelle vorgelegt werden.

## Entwicklung der Beratungsstelle von Oktober 2008 bis September 2009

Um die Beratungsstelle steuern und Entwicklungen erkennen zu können, wird eine Statistik mit den wichtigsten Eckdaten geführt. Sie ist Grundlage für die Jahresberichte.

## Rahmenbedingungen

Die Beratungsstelle war bis 31.1.2009 mit einer Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin zu 50% und einer Sozialgerontologin zu 50% besetzt. Zusätzlich wurde eine Sozialarbeiterin/ Sozialpädagogin, die mit einem Stellenumfang von 50% aus der Elternzeit zurückgekehrt ist, der Beratungsstelle zugeordnet. Seit dem 1.5.2009 arbeiten drei Sozialarbeiterinnen/Sozialpädagoginnen zu je 50% in der Beratungsstelle für ältere Menschen und deren Angehörige.

## Statistik

Im Zeitraum vom 1.10.2008 bis 30.9.2009 wurden 2440 telefonische und persönliche Beratungen durchgeführt. Schriftliche Anfragen und E- Mail Kontakte wurden zusätzlich täglich bearbeitet. Dies stellt die höchste Anfragezahl seit Bestehen der Beratungsstelle dar. Die Steigerungen in der Nachfrage führen wir auf den stärkeren Bekanntheitsgrad, die Werbung besonders in Arztpraxen und die Diskussionen im Vorfeld der Pflegestützpunkte zurück. Es hat sich gezeigt, dass sich hier mit der Beratungsstelle Möglichkeiten eröffnen, frühzeitig in den Beratungsprozess eingebunden zu werden und somit Chancen für eine ambulante häusliche Versorgung bestehen, um eine Pflegeheimaufnahme hinauszuzögern bzw. zu vermeiden.

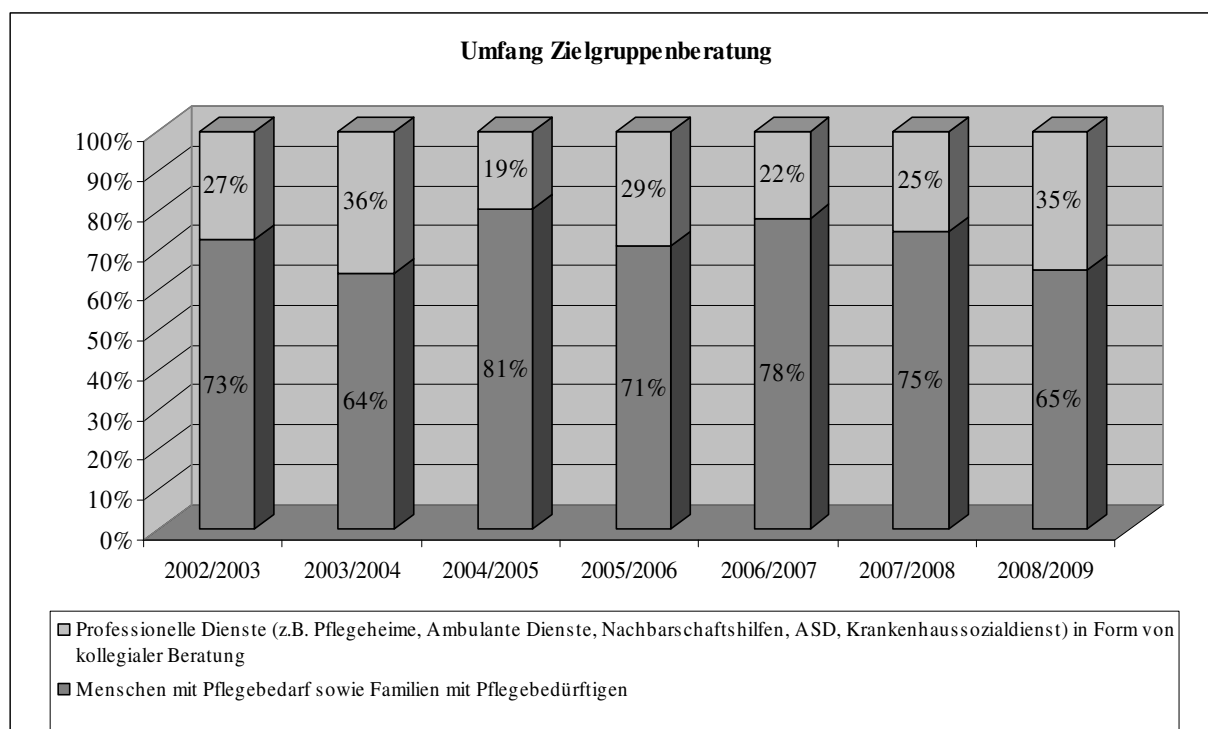
In den letzten Jahren nahm der Anteil der Hilfesuchenden, die das persönliche Gespräch suchen, immer mehr zu. 297 Personen wurden im Landratsamt beraten. Dies sind 12% der gesamten Beratungen. Zusätzlich wurden 28 Personen über das Projekt Krisenintervention zu Hause begleitet.

2002/2003	2003/2004	2004/2005	2005/2006	2006/2007	2007/2008	2008/2009
2105	2099	1984	1656	1566	2314	2440

Tabelle 1 Beratungen insgesamt im Jahresvergleich

## Zielgruppen

Die Beratungsstelle berät sowohl pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige als auch professionelle Dienste, die in der Altenarbeit oder angrenzenden Gebieten beschäftigt sind. Im Berichtszeitraum hatten wir wieder einen hohen Anteil an Einzelfallberatungen. Die Inanspruchnahme der Beratungsstelle von Diensten ist steigend. Im Rahmen des komplexen ambulanten Hilfenetzes übernimmt die Beratungsstelle beim Projekt Krisenintervention eine Koordinationsfunktion zwischen dem Klienten und den Diensten. Dieses Fallmanagement ist insbesondere in Hinblick auf die Pflegestützpunkte von zunehmender Bedeutung.

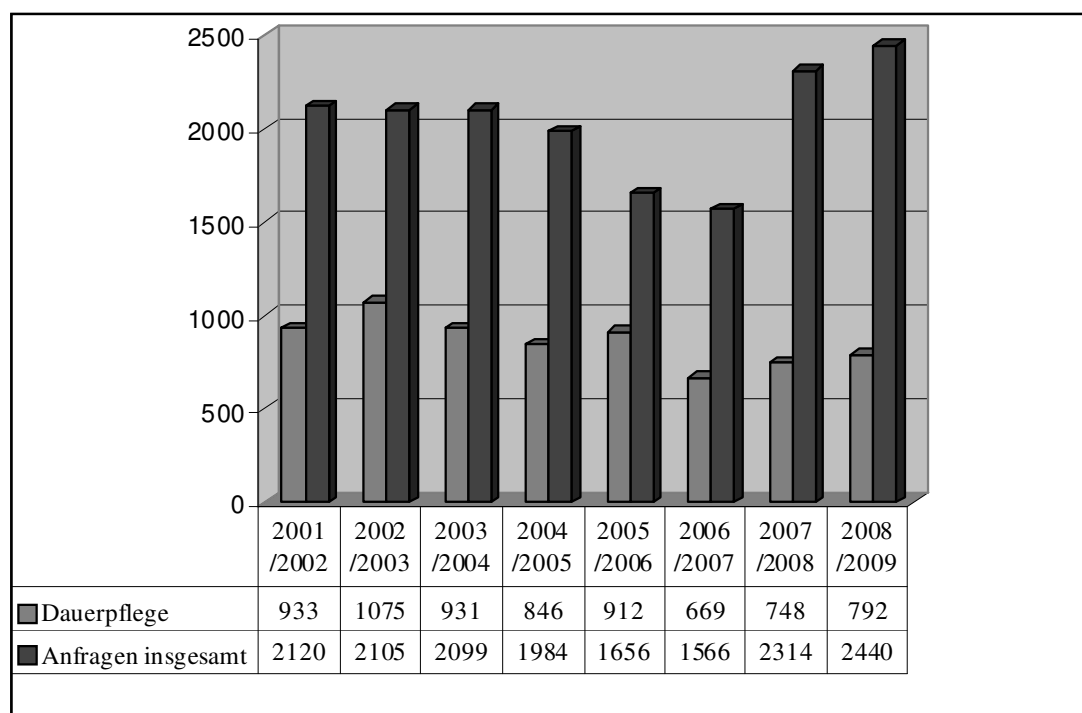


## Beratung im stationären Bereich

792 direkte Anfragen zum Thema **Dauerpflege** im Landkreis wurden bearbeitet. Die Nachfrage nach Dauerpflegeplätzen ist weiterhin prozentual zur Gesamtanfrage rückläufig. Die Anfragen an die Beratungsstelle sind in der Regel nicht notwendig, da direkt Plätze gefunden werden können. Der Focus verschiebt sich eher auf die Beratung zu Qualität und Finanzierung bei Pflegeheimaufenthalten. 164 Personen suchten einen Platz außerhalb des Landkreises. Hier ist eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Bei einem aktuellen Überhang an Plätzen von 380 zum Stichtag 30.9.2009 kann dies nicht auf die Platzsituation zurückzuführen sein, sondern erklärt sich eher durch sich ändernde familiäre und finanzielle Situationen, bei der immer mehr Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Angehörige in anderen Landkreisen zu versorgen haben.

In Belastungssituationen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Pflegeplatz in Anspruch genommen wird, obwohl objektiv noch keine Notwendigkeit vorhanden ist. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass wir bei dieser sehr entspannten Pflegeplatzsituation eine wichtige Steuerungsfunktion verlieren, um den häuslichen Bereich zu stärken, da eine Aufnahme in ein Heim in einer akuten Krisensituation schnell erfolgt. Die Rückkehr in den häuslichen Bereich, wenn sich die Situation stabilisiert hat, ist zurzeit nicht die Regel. Hier wird zukünftig eine Steuerung notwendig sein. In Einzelfällen wird mit Hilfe der Beratungsstelle bereits jetzt ein Auszug aus dem Pflegeheim vorbereitet.

Die Beratungen werden mit der Maßgabe geführt, dass eine stationäre Aufnahme in ein Pflegeheim vermieden oder herausgezögert wird. Beratungsinhalte über ambulante bzw. teilstationäre Dienste stehen im Vordergrund. Die Beratungsstelle versucht hier mit sehr großem Engagement und Zeitaufwand gegenzusteuern. Es konnten auch in vielen Fällen erfolgreiche Versorgungskonzepte entwickelt werden. In insgesamt 74 Fällen konnte in diesem Berichtsjahr das Ziel der Vermeidung einer Heimaufnahme erreicht werden.



### Beratung von älteren Menschen in Kliniken

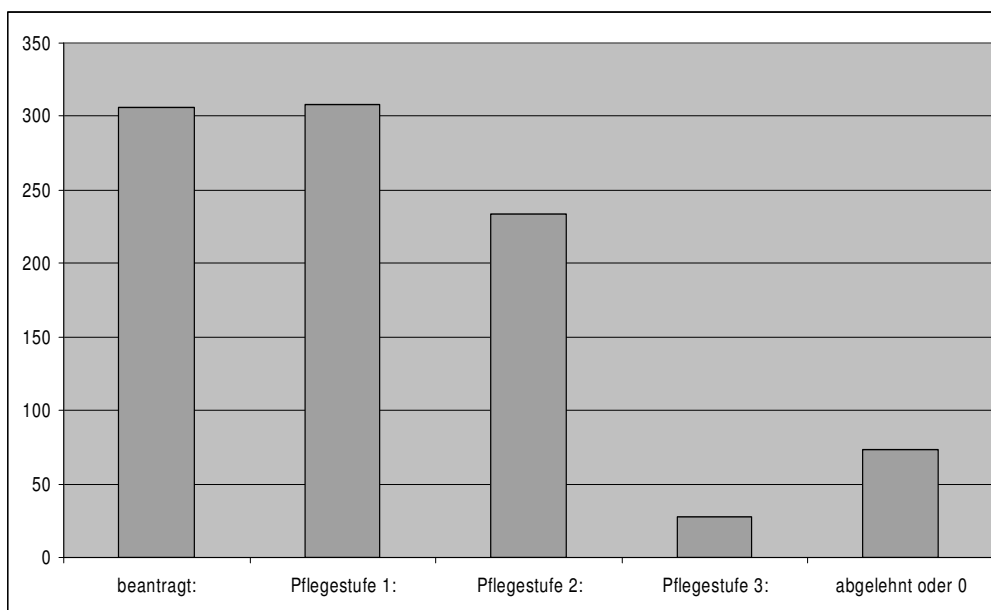
Seit Anfang 2003 werden in der Beratungsstelle vermehrt Anfragen für Menschen, die im Klinikum versorgt werden, registriert. In diesem Berichtszeitraum wurden insgesamt 253 Familien mit älteren Menschen, die direkt aus den Krankenhäusern eine Anschlussversorgung benötigten, beraten. Dies ist, bezogen auf das vorherige Jahr, steigend (26%). Eine wichtige Fragestellung bei diesem Personenkreis ist die Frage nach einer Unterbringung in einem Pflegeheim. In dieser akuten Krisensituation, in der noch nicht abzusehen ist, ob eine ambulante Versorgung ausreichend sein wird, wird oftmals das Heim als einzige Versorgungsmöglichkeit gesehen. Es ist davon auszugehen, dass bei den zurzeit angebotenen freien Plätzen im Heim der schnelle Zugang vom Krankenhaus ins Heim genutzt wird.

<b>Krankenhäuser im Landkreis</b>	<b>Pflegebedürftige</b>
Ludwigsburg incl. Psychiatrische Klinik	134
Bietigheim-Bissingen	7
Marbach	21
Gerlingen	2
Ohne Angaben	9
<b>Summe</b>	<b>182</b>
<i>Außerhalb des Landkreises</i>	<i>71</i>

Tabelle 2: Anfragen von Pflegebedürftigen aus Krankenhäusern

Die teilweise sehr umfangreichen Beratungen waren deshalb geprägt von Informationen über ambulante Hilfenetzwerke sowie Anfragen nach Kurzzeitpflege, um den pflegeintensiven Übergang nach Hause abzumildern. Bei 12 Personen konnte in dieser Situation eine Pflegeheimaufnahme vermieden werden.

### Verteilung der Beratungskontakte nach Grad der Pflegebedürftigkeit



In 1/3 der Beratungen treten Fragen zur Pflegeversicherung( SGB XI) auf. Hierbei geht es sowohl um allgemeine Informationen zu den Leistungen, die Einstufungen in Pflegestufen, wie auch um die Leistungen der eingeschränkten Alltagskompetenz nach § 45 SGB XI. Zu diesen neuen Leistungen für Demenzerkrankte besteht ein hoher Informationsbedarf. Durch diese Angebote kann die häusliche Pflege gerade auch für Demenzerkrankte stabilisiert werden. Auffällig ist, dass viele Beratungen im Vorfeld der Gewährung von Leistungen und bei Pflegestufe 1 auftreten. Bei dieser etwas geringeren Pflegebedürftigkeit oder am Anfang der Pflegesituation gibt es eher die Chance, eine ambulante flexible Versorgungsstruktur aufzubauen, die im weiteren Krankheitsverlauf erhalten bleibt. Im Rahmen des Pflegestützpunktes und der daraus erfolgen-

den Vernetzung mit den Kranken- und Pflegekassen erhoffen wir Synergieeffekte, die zu einer Verbesserung der Leistung für die Bürger führen soll.

Ein wichtiger Anteil innerhalb der Beratungen entfällt auf die **Finanzierung** von Leistungen. In 798 Fällen wurden Informationen über die Pflegeversicherung gegeben. Über Leistungen der Sozialhilfe wurde in 792 (653 im Vorjahr) Fällen beraten. Schwerpunkte waren die Finanzierung von ambulanten Pflegeleistungen und von Pflegeheimaufenthalten. Bei Menschen mit Grundsicherung, aber auch bei älteren Menschen mit niedriger Rente, kann bei einsetzendem Pflegebedarf und den damit verbundenen Kosten eine Unterstützung durch das SGB XII (Hilfe zur Pflege, Kap. 7), ergänzend zu Pflege- und Krankenversicherung, notwendig werden.

### **Beratung von älteren Menschen zur Versorgung in ihrer Häuslichkeit**

Wie in den letzten Jahren sind die Beratungssituationen umfangreich, komplex und schwierig. Der Beratungsschwerpunkt liegt auf der Sicherung der häuslichen und ambulanten Versorgung mit dem gesamten Angebotspektrum und der psychosozialen Unterstützung.

Die Hilfestrukturen individualisieren und privatisieren sich zunehmend. Wegen der Breite der Themen der Beratungsstelle ist es eine Chance für ältere Menschen, ohne Hürden wichtige Informationen zur Alltagsgestaltung bei Pflegebedürftigkeit abrufen zu können. Es ist schwierig für Angehörige, sich in der komplexen Versorgungsstruktur zurechtzufinden. In dieser Ausnahmesituation ist es notwendig, Angehörige zu entlasten, damit die Pflegebereitschaft erhalten bleibt. Die Beratungsstelle nimmt hier eine wichtige Steuerungsfunktion wahr, um bei den sich verändernden demographischen und gesellschaftlichen Entwicklungen den Verbleib in der Häuslichkeit zu ermöglichen.

Insbesondere bei der Erstellung eines **Hilfenetzwerkes im ambulanten Bereich** zeigt sich die Notwendigkeit der Beratungsstelle. Die Tendenz der letzten Jahre, dass die Beratungen in ihrer Problematik immer komplexer und differenzierter werden, hat sich bestätigt. Ausschließlich Hilfestellungen zum Finden der entsprechenden sozialen, hauswirtschaftlichen oder pflegerischen Angebote sind häufig nicht ausreichend. Die Hälfte der 1208 Anrufer (49,5%) benötigte psychosoziale Beratung. Dies kann im konkreten Fall eine den Klienten in seiner Persönlichkeit und Handlungsfähigkeit unterstützende und stärkende Beratung sein, um die (Pflege-)Situation besser bewältigen zu können.

Die Beratungen im ambulanten Bereich nehmen einen größeren Raum als die im Bereich der stationären Angebote ein. 31 % aller Anrufer benötigten Informationen zu hauswirtschaftlichen Diensten. Die Krankenpflegedienste wurden mit 29% ebenfalls stark nachgefragt. Durch die Integration verschiedener Dienste, wie z.B. Tagespflege, hauswirtschaftlicher Dienst und Krankenpflegedienste, kann der Verbleib in der Häuslichkeit häufig erreicht werden.

In Pflegesituationen, die allgemeine Beaufsichtigung erfordern, wurde häufig der Einsatz osteuropäischer Pflegekräfte überlegt. Von der Beratungsstelle wurde über Legalität und Illegalität des geplanten Handelns informiert.

In unseren Beratungen werden **technische Hilfen** wie Hausnotruf, Hilfsmittel, Wohnanpassung abgefragt. Der kreative Einsatz von Technik teilweise in ungewöhnlichen Kombinationen hilft Pflegebedürftigen, ihren Alltag besser zu bewältigen. Die technischen Entwicklungen der letzten Jahre bieten auch für ältere Menschen gute Möglichkeiten, sich im häuslichen Bereich abzusichern. Dieser Bereich hilft deshalb die ambulante Versorgung zu stabilisieren.

2004/2005	2005/2006	2006/2007	2007/2008	2008/2009
196	215	299	450	390

Tabelle 3: Beratungsinhalt: Technische Hilfen

Die Nachfrage nach **barrierefreiem bzw. Betreutem Wohnen** ist mit 429 Nachfragen stabil. Hier ist ein Trend hin zu barrierefreien Wohnungen zu beobachten, die zunehmend am freien Wohnungsmarkt in die Vermarktung kommen. Hier besteht ein Bedarf an flankierenden Informationen, um eine Kauf- oder Mietentscheidung treffen zu können.

## Projekt Krisenintervention

Innerhalb dieses Projektes wurden 28 Familien betreut. Zum Vergleich: Im davorliegenden Berichtszeitraum wurden 23 Familien in das Projekt aufgenommen.

Für Krisen besonders anfällige Personengruppen sind alleinlebende pflegebedürftige Menschen, die den größten Anteil am Projekt Krisenintervention ausmachen, und hochaltrige Ehepaare. Die Situation spitzt sich zu, wenn ein Ehepartner an Demenz erkrankt. In allen Fällen ist das familiäre Hilfenetz entweder zusammengebrochen, von Spannungen geprägt oder nicht vorhanden. Durch die Beratung und Organisation der ambulanten Hilfsmöglichkeiten und Abklärung der finanziellen Ansprüche konnte selbst in der Krisensituation die Unterbringung im Pflegeheim in der Regel vermieden werden.

Die befristete Begleitung innerhalb der zugehenden Sozialarbeit ist zeitintensiv und erfordert Methoden wie z.B. Case Management oder systemische Beratung. Die Beratungsgespräche sind zeitlich und inhaltlich sehr intensiv und verdichtet. Diese Tätigkeiten werden im Rahmen des Pflegestützpunktes intensiviert werden müssen.

## Informationsmaterialien

Neben den Beratungen wurden qualitativ hochwertige Informationsmaterialien erstellt, die telefonisch u.a. von älteren Menschen, pflegenden Angehörigen, Ehrenamtlichen, aber auch von Sozialen Diensten angefordert wurden. Broschüren von der Beratungsstelle sind: Ambulante Dienste, Hospizarbeit, Betreutes Wohnen für Senioren, Tages- und Nachtpflege, Kurzzeitpflege, Angebote für pflegende Angehörige und Altenpflegeheime. Die Broschüren bieten einen guten Überblick über die Angebots- und Preisstruktur im Landkreis. Zusätzlich wird ein Flyer über die Tätigkeit der Beratungsstelle angeboten, um eine schnelle Information zu ermöglichen. Diese Broschüren und weitere Materialien werden als PDF-Dateien bereitgehalten und auf Anforderung per E-Mail versandt. Auch sind die Materialien auf der Homepage des Landkreises bereitgestellt. Die Anforderungen von elektronischem Material nehmen in solch einem Ausmaß zu, dass 1000 Druckexemplare eingespart werden konnten. Die Auflagenhöhe der Broschüren beläuft sich auf insgesamt jährlich ca. 12.000 Exemplare.

## Wohnorte der Pflegebedürftigen

Anfragen kommen aus fast allen Städten und Gemeinden des Landkreises. Bei den 380 Anfragen für Pflegebedürftige außerhalb des Landkreises handelt es sich in aller Regel um Familienzusammenzüge.

Affalterbach	47
Asperg	63
Benningen	4
Besigheim	25
Bietigheim-Bissingen	81
Bönnigheim	4
Ditzingen	10
Eberdingen	7
Erdmannhausen	8
Erligheim	1
Freiberg	30
Freudental	1
Gemrigheim	4
Gerlingen	10
Großbottwar	18
Hemmingen	7
Hessigheim	3
Ingersheim	16
Kirchheim	13
Korntal-Münchingen	35

Kornwestheim	178
Ludwigsburg	848
Löchgau	4
Marbach	63
Markgröningen	110
Möglingen	118
Mundelsheim	3
Murr	14
Oberriexingen	0
Oberstenfeld	13
Pleidelsheim	4
Remseck	147
Sachsenheim	30
Schieberdingen	35
Sersheim	3
Steinheim	38
Tamm	101
Vaihingen	28
Walheim	7
Außerhalb des Landkreises	380

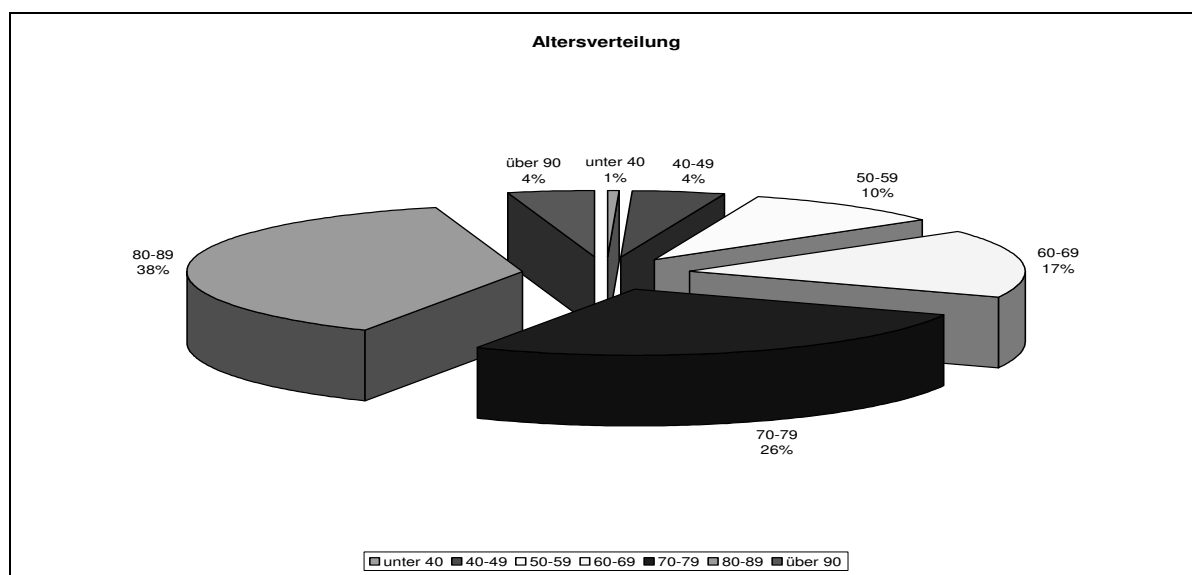
Tabelle 4: Anfragen aus den Städten und Gemeinden des Landkreises gegliedert nach Orten

## Altersverteilung

Die Verteilung der Altersgruppen spiegelt die Pflegebedürftigkeit (Pflegequoten) in unserer Gesellschaft wieder. Der größte Anteil der Beratungen ist für Pflegebedürftige in den Altersstufen 70 bis 80 und 80 bis 90 Jahre erbracht worden. Bei den jüngeren Pflegebedürftigen zwischen 40



– 59 ist ein Anstieg zu beobachten, da in diesem Alter die Pflegebedürftigkeit unerwartet eintritt und somit ein höherer Beratungsbedarf entsteht. Für diesen Personenkreis ist es bei der derzeitigen Struktur der Hilfsangebote schwierig, eine adäquate Lösung zu finden.



unter 40	9
40 bis 49	79
50 bis 59	170
60 bis 69	294

70 bis 79	465
80 bis 89	671
Über 90	75

Tabelle 5: Altersstruktur der Pflegebedürftigen

## Fazit

Die Beratungsstelle hat sich in ihrer Arbeit weiter stabilisiert. Es wurden die höchsten Anfrageszahlen seit der Einrichtung der Beratungsstelle verzeichnet.

Mit der Ausweitung im Bereich der Krisenintervention (PKI) und damit der Möglichkeit einer zugehenden Beratung wurde das Tätigkeitsfeld erweitert und ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung gestellt. Die Einzelfallarbeit bei komplexen Problemlagen wurde weiter qualifiziert und es konnten verlässliche Versorgungsstrukturen aufgebaut werden. Durch die intensive Begleitung bei familiären Krisen wurden Heimaufnahmen verhindert.

Die Vielfalt der Angebotsstruktur und die Ansprüche der neuen Pflegegeneration zeigen, dass eine Beratungsstelle zur Klärung von Versorgungsstrukturen dringend notwendig ist, um einer vorzeitigen Heimaufnahme vorzubeugen. Die Diskussion um die kommunalen Pflegestützpunkte zeigt sehr deutlich, dass gerade diese Beratung ein wichtiges Steuerungselement ist, um häusliche Versorgung sicher zu stellen.

Mit der Einrichtung der Pflegestützpunkte ergeben sich Entwicklungsmöglichkeiten für die Beratungsstelle.

Das Ziel, durch Heimplatzvermeidung mindestens die Personalkosten zu sparen, das in der Konzeption der Beratungsstelle (SoA-Vorlage 1/1999) festgelegt wurde, wurde erreicht.